

Den Freihandel stärken

vbw

Position

Stand: September 2024

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Dieses Werk darf nur von den Mitgliedern der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. zum internen Gebrauch sowie zur Unterstützung der jeweiligen Verbandsmitglieder im entsprechend geschlossenen Kreis unter Angabe der Quelle vervielfältigt, verbreitet und zugänglich gemacht werden. Eine darüber hinausgehende Nutzung – insbesondere die Weitergabe an Nichtmitglieder oder das Einstellen im öffentlichen Bereich der Homepage – stellt einen Verstoß gegen urheberrechtliche Vorschriften dar.

Vorwort

Freihandel als Garant für Wohlstand muss im Zentrum der EU-Handelspolitik stehen

Freihandel und internationale Arbeitsteilung sorgen für Wohlstand. Hierfür ist Bayern ein exzellentes Beispiel. Über zwei Drittel des Umsatzwachstums der bayerischen Industrie seit 2010 wurden auf Auslandsmärkten erzielt. Viele bayerische Industriebranchen haben eine Exportquote von über 50 Prozent. Von dem auf Außenhandel basierenden bayerischen Geschäftsmodell profitieren nicht nur international aufgestellte Unternehmen, sondern über die Wertschöpfungsketten auch viele kleine und mittelständische Unternehmen und letztendlich die gesamte Gesellschaft im Freistaat.

Doch der Freihandel ist gefährdet. Die Globalisierungskritik wird lauter, protektionistische Politiken nehmen zu. Die Europäische Union, die für die Außenhandelspolitik zuständig ist, muss den Freihandel stärken. Sie muss sich weiterhin für die Reform der Welthandelsorganisation einsetzen und parallel den Abschluss neuer Freihandelsabkommen forcieren.

Gleichzeitig müssen auch die EU-Mitgliedsstaaten den Freihandel stärken, indem sie die handelspolitischen Gesamtinteressen der EU in den Vordergrund stellen und ausgehandelte Abkommen nicht blockieren. Es gilt, die handelspolitische Einheit zu wahren und damit das internationale Gewicht der Europäischen Union zu stärken.

Bertram Brossardt
02. September 2024

Inhalt

Position auf einen Blick	1
1 Freihandel als Wohlstandsquelle	2
1.1 Freihandel schafft weltweit Wohlstand	2
1.2 Unser Geschäftsmodell basiert auf Freihandel und Globalisierung	2
2 Der Freihandel ist gefährdet	4
3 Unsere Position	6
3.1 Die WTO stärken und reformieren	6
3.2 Neue Freihandelsabkommen abschließen	7
3.3 Durchsetzbare „Freihandelsabkommen der neuen Generation“ als Standard etablieren	7
3.4 Handelspolitische Einheit der Union wahren	7
Ansprechpartner/Impressum	9

Position auf einen Blick

Die EU muss sich für Freihandel einsetzen – multilateral und bilateral

Freihandel und internationale Arbeitsteilung sorgen weltweit bei den beteiligten Ländern für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Speziell die zweite Globalisierungswelle zum Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat dazu geführt, dass sich die realen Lebensbedingungen vieler Menschen gerade in den Entwicklungs- und Schwellenländern verbessert haben. Auch der wirtschaftliche Erfolg und damit der Wohlstand Deutschlands und Bayerns beruhen zu einem großen Teil auf Freihandel und internationaler Arbeitsteilung.

Trotz seiner positiven Effekte steht der Freihandel zunehmend in der Kritik – von beiden Seiten des politischen Spektrums. Der Protektionismus ist auf dem Vormarsch. Die Zahl der handelshemmenden politischen Eingriffe sind weltweit in den vergangenen Jahren massiv gestiegen. Doch nationale Abschottung führt zu einem allgemeinen Wohlstandsverlust.

Es gibt keine sinnvolle Alternative zum Freihandel. Deshalb muss sich die Europäische Union für eine Stärkung des Freihandels einsetzen – sowohl auf multilateralem als auch auf bilateralem Weg. Gerade auch vor dem Hintergrund der notwendigen Diversifizierung unserer Außenhandelsbeziehungen brauchen wir zusätzliche Partner.

Konkret heißt das:

- Die EU muss sich dafür einsetzen, die Welthandelsorganisation WTO zu stärken und zu reformieren.
- Die EU muss parallel dazu neue Freihandelsabkommen mit Partnerländern oder -regionen abschließen.
- Die EU sollte hierbei sogenannte „Freihandelsabkommen der neuen Generation“ etablieren, die durch die Berücksichtigung von Themen wie öffentliche Aufträge, Schutz geistigen Eigentums oder angemessene Standards für ein Level Playing Field sorgen.
- Die EU-Mitgliedsstaaten dürfen nationale oder regionale Sonderinteressen nicht über die gesamteuropäischen Interessen stellen und damit Handelsabkommen blockieren.

1 Freihandel als Wohlstandsquelle

Der internationale Handel sorgt für Wachstum und Beschäftigung

1.1 Freihandel schafft weltweit Wohlstand

Der globale Handel und die internationale Arbeitsteilung erzeugen Wohlfahrtsgewinne für alle beteiligten Länder – sowohl für Emerging Markets als auch für industrialisierte Staaten. Außenhandel ermöglicht Spezialisierung und Arbeitsteilung. Die einzelnen Länder können sich entsprechend ihrer komparativen Vorteile auf bestimmte Wertschöpfungsprozesse fokussieren.

Speziell die zweite Globalisierungswelle zum Ende des 20. und Beginn des 21. Jahrhunderts hat für einen globalen Wohlstandsschub gesorgt. Der internationale Handel war der entscheidende Treiber des weltweiten Wirtschaftswachstums – gerade auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Dies führte dazu, dass der weltweite Anteil von Menschen in extremer Armut stark gesunken ist. Nach Daten der Weltbank fiel der entsprechende Anteil von 37,8 Prozent im Jahr 1990 auf 8,4 Prozent im Jahr 2019. Parallel dazu verdoppelte sich das globale Medianeinkommen. Der globale Handel hat folglich die realen Lebensbedingungen vieler Menschen verbessert.

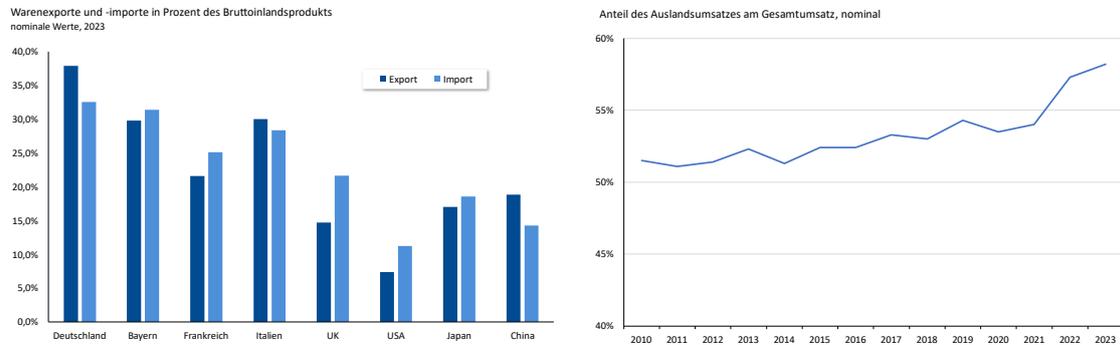
1.2 Unser Geschäftsmodell basiert auf Freihandel und Globalisierung

Deutschland und Bayern sind offene und globalisierte Volkswirtschaften, deren Geschäftsmodell auf Außenhandel und internationale Wertschöpfungsketten setzt. Die folgenden ausgewählten Daten belegen die tiefe globale Integration unserer Volkswirtschaft (siehe auch Abbildung 1, Seite 3):

- Im Jahr 2023 exportierte die bayerische Wirtschaft Waren im Wert von 229 Milliarden Euro. Gleichzeitig summierten sich die Importe auf über 240 Milliarden Euro. Das waren 30 bzw. 31 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Bundesweit liegen die Anteile sogar noch etwas höher. Von den anderen größeren Industrienationen weist nur Italien ähnliche Werte auf.
- Mittelfristig sind die Export- und Importanteile merklich gestiegen, wobei die Zuwächse im Wesentlichen im Zeitraum bis 2008 stattgefunden haben. Zu Beginn des Jahrtausends machten die Warenexporte in Bayern 26 Prozent des BIP aus, die Importe beliefen sich auf 24 Prozent des BIP.
- Vor allem die bayerische Industrie profitiert vom Export. Über zwei Drittel des Umsatzwachstums seit 2010 wurden auf Auslandsmärkten erzielt. Folglich stieg der Anteil des Auslandsumsatzes der bayerischen Industrie von 51,5 auf 58,2 Prozent. Einzelne Industriebranchen in Bayern haben noch wesentlich höhere Exportquoten.

Abbildung 1

Internationalisierung der bayerischen Wirtschaft



Quellen: Destatis, FERI, Bay. Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

Der wirtschaftliche Erfolg und damit der Wohlstand Deutschlands und Bayerns beruhen zu einem großen Teil auf dieser Internationalisierung unserer Wirtschaft. Als Volkswirtschaft mit einem vergleichsweise kleinen Binnenmarkt und zugleich einem hohen Industrieanteil sind wir auf den Export angewiesen. Umgekehrt benötigt gerade auch die Industrie Importe von Rohstoffen, die im Inland nicht vorkommen, sowie von Vorprodukten, die an kostengünstigeren Standorten hergestellt wurden.

Die Exportorientierung unserer Industrie stärkt die gesamte deutsche und bayerische Volkswirtschaft. Über Zulieferverflechtungen sorgen die Erfolge der Exportwirtschaft auch in den binnenwirtschaftlich orientierten Branchen für Wachstum und Beschäftigung. Ein Großteil der im Inland produzierten Vorleistungsgüter fließt direkt in die Fertigerzeugnisse deutscher Unternehmen ein. Auch im Dienstleistungssektor besteht eine Abhängigkeit zur exportierenden Wirtschaft. So nutzen die exportierenden Industrieunternehmen Dienstleistungen von Anbietern des tertiären Sektors. Dadurch profitiert ein breites Spektrum an Unternehmen von den Außenhandelsaktivitäten deutscher und bayerischer Exporteure.

2 Der Freihandel ist gefährdet

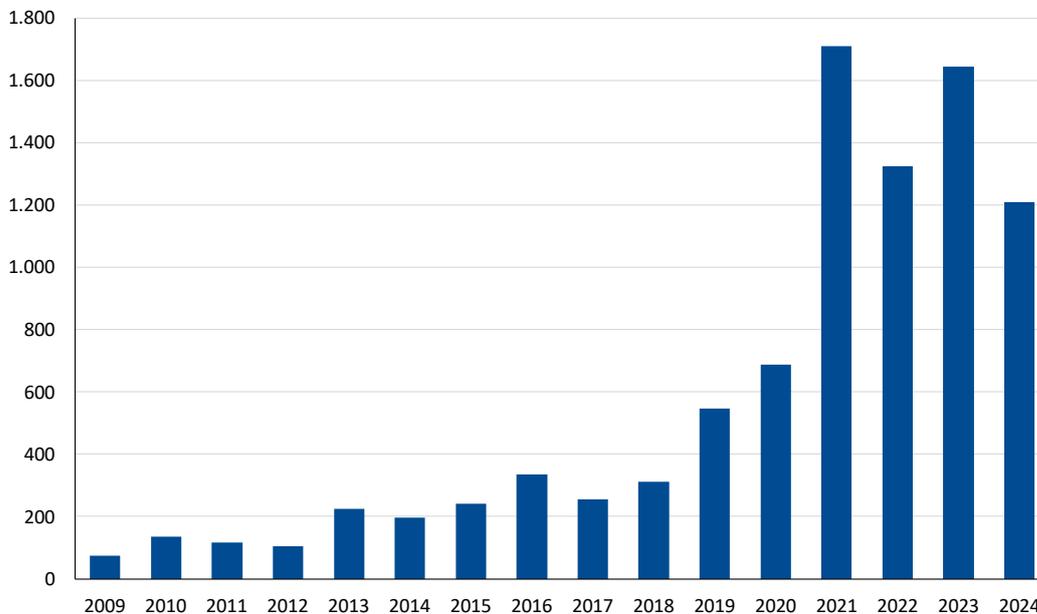
Protektionismus ist weltweit auf dem Vormarsch

Trotz seiner positiven Effekte steht der Freihandel zunehmend in der Kritik und der Protektionismus stabilisiert sich auf hohem Niveau. Dies ist an konkreten Daten ablesbar.

Abbildung 2

Weltweite politische Eingriffe in den Außenhandel

jährliche neue Eingriffe, Saldo aus schädlichen und liberalisierenden Eingriffen



Quelle: World Trade Alert

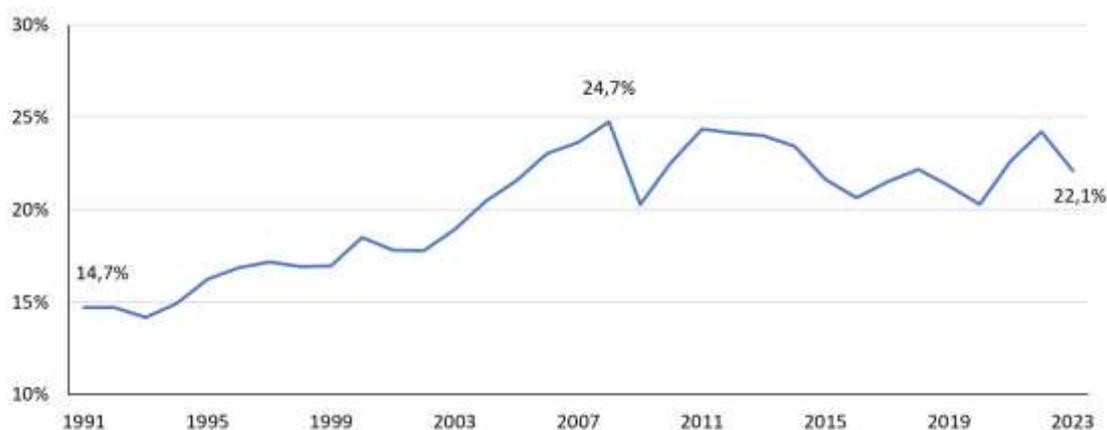
Die protektionistischen Eingriffe in den internationalen Handel sind in den letzten Jahren spürbar gestiegen – von rund 200 in den Jahren 2009 bis 2012 auf rund 2000 in den Jahren seit 2020. Auch wenn man die gleichzeitig stattgefundenen liberalisierenden Maßnahmen gegenrechnet, ergibt sich per Saldo eine deutliche Einschränkung des Freihandels, wie Abbildung 2 zeigt.

Faktisch ist die Globalisierung schon früher ins Stocken geraten. Die mit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Gang gesetzte Globalisierungswelle kam mit der globalen Finanzkrise zum Erliegen. Der sogenannte globale Offenheitsgrad – das ist der Anteil der weltweiten Warenexporte am globalen Bruttoinlandsprodukt – stieg relativ von rund

15 Prozent im Jahr 1991 auf fast 25 Prozent im Jahr 2008. Seitdem stagniert der Wert mit sogar leicht rückläufiger Tendenz (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3

Anteil der Warenexporte am globalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent



Quelle: Weltbank

Die Entwicklungen der letzten Jahre haben die Kritik am Freihandel verschärft. Die Corona-Pandemie und die daraus resultierenden Verwerfungen haben ebenso wie der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine die Schwächen und Anfälligkeiten der globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten aufgezeigt. Das multilaterale Welthandelssystem ist größtenteils blockiert. Reformen der WTO kommen extrem zögerlich voran. Die Weltwirtschaft wird insbesondere durch den Konflikt zwischen den USA und China beeinträchtigt.

Kritik am Freihandel kommt von beiden Seiten des politischen Spektrums. So machen beispielsweise die Republikaner Freihandelsabkommen und Globalisierung für den wirtschaftlichen Abstieg ehemaliger Industriezentren in den USA verantwortlich. Stimmen aus dem linken politischen Lager in Europa befürchten eine Aushöhlung ökologischer und sozialer Standards durch freien internationalen Handel.

Zwar gibt es klare weltanschauliche Differenzen zwischen den Globalisierungskritikern, im Kern geht es jedoch um die Verteilungseffekte des internationalen Handels. Freihandel führt insgesamt sowohl international als auch national zu einem Wohlstandsgewinn. Allerdings profitieren nicht zwangsläufig alle Länder und alle Bevölkerungsgruppen in gleichem Maße. Die Antwort auf diese Verteilungseffekte kann jedoch nicht in nationaler Abschottung und Protektionismus liegen. Im Gegenteil: Dies würde zu einem aggregierten Wohlstandsverlust führen. Statt auf Protektionismus zu setzen, muss Globalisierung aktiv gestaltet werden.

3 Unsere Position

Die EU muss multilaterale und bilaterale Verhandlungen intensivieren, die Mitgliedsstaaten müssen europäische Gesamtinteressen priorisieren.

Die EU setzt sich auf multilateraler Ebene für WTO-Reformen ein. Gleichzeitig verhandelt sie mit vielen Ländern und Regionen über bilaterale Freihandels- und Investitionsabkommen. Diese Zweigleisigkeit ist der richtige Weg – vor allem vor dem Hintergrund des Diversifizierungsbedarfs der europäischen Volkswirtschaften. Bei ihren Verhandlungen muss die EU-Kommission durchsetzbare Freihandelsabkommen der neuen Generation, die über die klassische Handelsliberalisierung hinausgehen, als Standard etablieren. Die EU-Mitgliedsstaaten müssen darauf achten, dass sie Freihandelsabkommen nicht durch regionale oder nationale Sonderbelange torpedieren, sondern die Gesamtinteressen der Union in den Vordergrund stellen.

3.1 Die WTO stärken und reformieren

Die Welthandelsorganisation (WTO) brachte eine sukzessive Beseitigung von Handelshemmnissen und führte zur Expansion des Welthandels sowie zur Minderung von Unsicherheiten im globalen Handel. In einer sich zunehmend globalisierenden Welt nimmt die Bedeutung der WTO zu: Sie ist das zentrale multilaterale Verhandlungs- und Entscheidungsforum für globale Handelsfragen. Jedoch ist das WTO-Regelwerk veraltet, lückenhaft und reformbedürftig. Die EU muss weiter auf zwei wesentliche Punkte bei der WTO-Reform dringen:

1. Das Berufungsorgan der WTO muss wieder funktionsfähig werden. Der Streitbeilegungsmechanismus muss so ausgestaltet werden, dass er auf eine von beiden Streitparteien akzeptierte Lösung abzielt, so wie es die WTO-Vereinbarung über Streitbeilegung vorsieht. Die Ankündigung der 13. Ministerkonferenz, noch im Jahr 2024 wieder einen funktionsfähigen Streitbeilegungsmechanismus zu erreichen, muss zu konkreten Ergebnissen führen und darf kein reines Lippenbekenntnis bleiben.
2. Das Level Playing Field im globalen Handel muss gestärkt, handelsverzerrende Effekte von Industriesubventionen müssen verhindert werden. Um unzulässige Subventionen zu unterbinden, müssen strengere Kontrollvorschriften im WTO-Subventionsübereinkommen verankert werden. Die USA, Japan und die EU haben hierfür gemeinsame Vorschläge vorgelegt: Ausweitung der Liste verbotener Subventionen, Umkehr der Beweislast, Anreiz für Notifikation von Subventionen und Beschränkungen finanzieller Beihilfen seitens staatseigener Unternehmen. Es ist nun erforderlich, breite Allianzen zu bilden, damit diese Vorschläge in das WTO-Regelwerk Einzug halten.

3.2 Neue Freihandelsabkommen abschließen

Die EU verhandelt mit vielen Ländern und Regionen über die Modernisierung bereits bestehender Abkommen oder den Abschluss neuer Freihandelsabkommen. Da die multilateralen Verhandlungen in der WTO über die weitere Absenkung von Zöllen und anderen Handelsbarrieren seit Jahren stocken, sind bilaterale Verhandlungen aktuell der richtige Weg. Um einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren, muss sich unsere Volkswirtschaft breiter aufstellen. Das heißt, neue Beschaffungs- und Absatzmärkte müssen erschlossen werden. Freihandels- und Investitionsabkommen setzen hierfür die richtigen Rahmenbedingungen. Sie ermöglichen es Unternehmen, neue Kunden und neue Lieferanten zu gewinnen und so ihre Resilienz zu steigern. Für die EU heißt es, sich weiterhin für WTO-Reformen einzusetzen und gleichzeitig bilaterale Abkommen mit neuen Partnern zu verhandeln.

3.3 Durchsetzbare „Freihandelsabkommen der neuen Generation“ als Standard etablieren

Sogenannte „Freihandelsabkommen der neuen Generation“ der EU sind Abkommen, die nicht nur klassische Handelsangelegenheiten behandeln, sondern auch beispielsweise den Zugang zur öffentlichen Beschaffung oder den Schutz des geistigen Eigentums. Zudem beinhalten viele dieser Freihandelsabkommen Nachhaltigkeitskapitel (Trade and Sustainability Development Chapters, TSD-Kapitel) mit Grundsätzen und Verpflichtungen in Bezug auf Arbeitsrechte, Umweltschutz, Klimawandel und soziale Gerechtigkeit.

Die TSD-Kapitel müssen aus Unternehmersicht angemessene Standards enthalten, die für ein level playing field zwischen der EU und der Partnerregion sorgen. Gleichzeitig dürfen die TSD-Anforderungen nicht so hoch gesetzt werden, dass sie eine Einigung mit den Partnerländern oder -regionen verhindern. Die TSD-Kapitel müssen ebenso wie das gesamte Abkommen verbindlich und durchsetzbar sein. Dies lässt sich am einfachsten realisieren, wenn TSD-Kapitel an den generellen Streitschlichtungsmechanismus eines Freihandelsabkommens gekoppelt werden.

3.4 Handelspolitische Einheit der Union wahren

Seit dem Gutachten des EuGH zum EU-Freihandelsabkommen mit Singapur ist klar, dass neben der EU-Ratifizierung auch die Parlamente der Mitgliedsstaaten Freihandelsabkommen annehmen müssen, wenn das Abkommen geteilte oder nationale Zuständigkeiten tangiert. Der Ratifizierungsprozess in den EU-Ländern erfolgt nach Maßgabe der jeweiligen nationalen Konstitution, sodass in einigen Mitgliedsstaaten selbst regionale Parlamente am Verfahren beteiligt sind. Dies hat Tür und Tor für Sonderinteressen geöffnet, die die Gesamtinteressen der Staatengemeinschaft überlagert haben. Wenn die Europäische Union weiterhin als Wirtschaftsblock ihre volle Verhandlungsmacht bewahren soll, dann müssen regionale und nationale Regierungen die Interessen und Angelegenheiten von gesamteuropäischer Bedeutung priorisieren. Nur so kann die Handlungsfähigkeit der EU nach

[Unsere Position](#)

außen gewahrt und Themen, die wie der Investitionsschutz nicht rein handelspolitischer Natur sind, angegangen werden.

Ansprechpartner/Impressum

Lisa Zölch

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-258
lisa.zoelch@vbw-bayern.de

Elias Kerperin

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-422
elias.kerperin@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw September 2024